

SPD will Aufstellungsbeschluss rückgängig machen

Stadtrat soll in seiner morgigen Sitzung über Kehrtwende diskutieren – Interessengemeinschaft sieht sich bestätigt

Miesbach – Das Fragezeichen hinter der Baureifmachung des Fritz-Freund-Parks in Miesbach wird größer. Nachdem die Interessengemeinschaft knapp 1300 Unterschriften gesammelt und auch Gespräche mit SPD und Freien Wählern geführt hat, setzt offenbar ein Umdenken im Stadtrat ein. Die SPD-Fraktion hat nun bei Bürgermeisterin Ingrid Pongratz (CSU) beantragt, für die Stadtratssitzung am morgigen Donnerstag den Punkt „Rücknahme des Aufstellungsbeschlusses

zur Bebauung des Fritz-Freund-Parks“ auf die Tagesordnung zu setzen.

„Wir sind der Meinung, der Kernbestand des Parks sollte erhalten bleiben und als Park mit Kinderspielplatz sowie Aufenthaltsflächen entsprechend gestaltet und gepflegt werden“, erklärt Zweiter Bürgermeister Paul Fertl (SPD). Es sei den „allermeisten Stadtratsmitgliedern“ nicht leicht gefallen, den Aufstellungsbeschluss zu treffen, mit dem die Stadt am Harzberg Baurecht auf ihrem Gelände

schaffen will, um es anschließend zu verkaufen (wir berichteten).

Die Lücken im Haushalt, die damit geschlossen werden sollen, müssten dann anderweitig überbrückt werden. Laut Fertl ist eventuell eine kleine Randbebauung des Parks in der Größenordnung des zu entfernenden Hochbehälterareals vorstellbar. Zudem seien erste Schritte zum Verkauf von einigen Grundstücken aus dem vor Jahren gekauften Areal zur Erweiterung des Gewerbegebiets

Nord umgehend einzuleiten. Ziel sei es, dass die Stadt noch heuer einige Einnahmen aus dem Verkauf erzielen kann. Fertl: „Wir sollten alle gemeinsam den Mut haben für eine Kurskorrektur.“

Marinus Bacher, Sprecher der Interessengemeinschaft Fritz-Freund-Park, begrüßt diese Entwicklung: „Nachdem sich so viele Bürger für den Park einsetzen, ist es naheliegend, dass die Volksvertreter auf dieses Votum hören.“ Ein nochmaliges Überdenken sei gerechtfertigt. Ziel

müsse es sein, dass der Park dauerhaft vor Veräußerung geschützt wird. „Es ist nicht nachhaltig, Löcher im Haushalt durch Grundstücksverkäufe zu stopfen.“ Die Stadt müsse dauerhaft ihre Ausgaben, beispielsweise beim Personal, reduzieren.

Bürgermeisterin Pongratz sieht indes rechtliche Probleme: „Wir können unseren Beschluss nicht einfach so zurücknehmen. Wir können ihn bestenfalls ruhen lassen.“ Zudem sei der Ausgang des gerade erst gestarteten Bebau-

ungsplanverfahrens noch offen. Dass Pongratz selbst mit der Interessengemeinschaft noch nicht gesprochen hat, habe einen einfachen Grund: „Wir müssen erst die relevanten Fakten klären. Vorher macht ein Gespräch wenig Sinn.“ Auch Fertls Antrag auf einen eigenen Tagesordnungspunkt geht nicht einfach so durch. „Die Ladungen sind bereits verschickt“, erklärt die Bürgermeisterin. Deshalb werde das Thema am Ende der Sitzung unter Verschiedenes behandelt. ddy